

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“  
„Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Kanzelgebühren: Die 4-spaltige Millimeterzeile od. deren Raum 1000.— M.  
Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Betriebs- und Berufsangelegenheiten 300.— M.  
Kleine Anzeigen pro Wort 50.— M.  
— Zeilenpreis: Die Millimeterzeile 4-spaltig ober deren Raum im Betr. 2500.— M.

Montag, den 6. August 1923

Bezugspreis: Durch Kurier 12000 M., pro Monat 3000 M., pro Quartal 8000 M., pro Halbjahr 15000 M., pro Jahr 30000 M.  
Abbestellung und Expeditionsbestellung, Preisänderungen, Rückstellungen  
Preisliste Nr. 210/22, — Fernschreiber: Preisliste Nr. 210/23

## Die sächsischen Arbeiter voran!

### Gemeinsame Abwehrformationen gegen die faschistische Gefahr Kontrollausschüsse gegen Wucher

Nach dem musterhaften, durch glänzende Disziplin ausgezeichneten Aufmarsch des Leipziger Proletariats am 29. Juli, der durch Betriebs-hundertchaften gestützt wurde, haben sich in Leipzig nun gemeinsame Abwehrformationen gebildet. Der 15-er-Ausschuss für gemeinsame Abwehrformationen Groß-Leipzigs erläßt einen Aufruf an die Leipziger Arbeiter, einen an den gemeinsamen Selbstschutz in Zwickau, Dresden, Plauen und die Gesamtarbeiterschaft von Sachsen; sowie Richtlinien zur Bildung gemeinsamer Betriebs-Abwehrformationen in Leipzig. Die Leipziger Bezirksleitung der SPD. legt zwar der Bildung der einheitlichen Abwehrfront noch Widerstand entgegen, es ist dies auch nicht verwunderlich, denn die SPD-Bürokratie kennt die Not der Arbeiter jedenfalls nicht. Die Arbeiter werden sich aber sehr wenig um diesen Widerstand kümmern. Die Taktiken der Faschistenangriffe auf wehrlose Arbeiter und die fortwährenden Preissteigerungen sind eine größere Auffklärungsmacht als sozialdemokratische Beschränkungen.

Der Aufruf an die Gesamtarbeiterschaft Sachsens enthält u. a. folgendes:

**Arbeitskollegen!**  
Gemäß den Vereinbarungen zwischen der Sicherungskommission, Landesvorstand der SPD. und der KPD. hat ihr der gemeinsame Selbstschutz gebildet. Auch die Arbeiterschaft Leipzigs bedarf des gemeinsamen Selbstschutzes. Seither aber fest die Leipziger Bezirksleitung der SPD. ihm große Widerstände entgegen.

Trotzdem hat sich der Wille der Arbeiter durchgesetzt. Auf Initiative von 40 Leipziger Betrieben wurde ein 15-er-Ausschuss gewählt, der aus 6 SPD., 6 KPD. und 3 Parteiloosen, gewerkschaftlich organisierten Kollegen, zu denen später ein UEPD-Kollege hinzukam, besteht. Schon nach wenigen Wochen haben sich 180 Betriebe mit 48 000 Arbeitern für die Richtlinien des 15-er-Ausschusses erklärt.

Im Gegensatz dazu konnte ein Parteistiftschuß trotz des besten Willens und der sehr guten Fähigkeiten der ihm angehörenden Kollegen am 5. Juni weder Ordnung schaffen noch faschistische Provokateure abwehren, denen 6 Arbeiter zum Opfer fielen.

Genossen! Trotz des großen Erfolges des gemeinsamen Selbstschutzes am 29. Juli bedürfen wir jetzt Eurer Unterstützung. Von gewisser Seite wird trotz der Beschlüsse der Landesinstanzen der BVPD. ein Kampf gegen den gemeinsamen Selbstschutz geführt. Die Leipziger Volkszeitung z. B. geht bedauerlicherweise so weit, die BVPD-Genossen im 15-er-Ausschuss herabzusetzen und den gemeinsamen Selbstschutz zu verhöhnen. Sie droht den Genossen sogar mit Ausschluss, obwohl die Genossen lediglich die Beschlüsse der Landesinstanzen der Parteien durchführen.

Ihr müßt mit dem Leipziger 15-er-Ausschuss solidarisch sein und mit ihm zusammen das Wachstum und die Förderung des gemeinsamen Selbstschutzes in allen Städten Sachsens und besonders in Leipzig betreiben.

Nieder mit den faschistischen Terrorbanden!  
Es lebe die Einheitsfront aller Arbeiter ohne Parteunterschied!

Es lebe der gemeinsame Selbstschutz!  
Der 15-er-Ausschuss für gemeinsame Abwehrformationen Groß-Leipzigs.

Die Leipziger Richtlinien enthalten u. a. als organisatorische Anweisungen:  
In Betrieben, wo zurzeit Partei-Abwehrformationen bestehen, sind dieselben als solche aufzulösen und umgehend zu gemeinsamen Betriebsformationen umzuwandeln. Die Betriebsformationen gliedern sich in Sechsergruppen, Zwölfergruppen, Sechshundreißigerzüge, Hundertschaften und Bataillone. Zur Führung derselben ist in jedem Betriebe sofort ein politischer und interparteilicher Kopf und ein technischer Leiter zu wählen.

Die bestehenden Betriebsformationen werden nach Betriebsblöcken zusammengefaßt. Die Blöcke sind aus den Angehörigen der Abwehrformationen zu wählen.

Neben die politische und technische Leitung stellt es:  
Die politische Leitung entscheidet über Einlegen der Hundertschaften und dessen Ziel. Die Durchführung liegt in der Hand der technischen Leitung. Die politische Leitung zeichnet jede technische Anweisung mit.

Die Ausnahmebestimmung lautet:  
Ausgenommen in die Abwehrformation werden die mindestens 1 Jahr einer politischen Arbeiterpartei oder freien Gewerkschaft Angehörigen, sofern dieselben das 18. Lebensjahr überschritten haben.

Dieser Aufruf ist unterschrieben von sechs BVPD., sechs KPD., einem UEPD. und drei parteilosen Vertrauensleuten.

Die Leipziger Richtlinien enthalten u. a. als organisatorische Anweisungen:

Der Schritt, den die sächsische Arbeiterschaft macht, bedeutet ein Stück vorwärts auf dem Wege zur proletarischen Einheitsfront. Wie lange wollen die schlesischen Arbeiter sich von den reformistischen Führern hindern lassen, den gleichen Weg wie ihre sächsischen Brüder zu gehen? Gemeinsame Abwehrformationen, Kontrollausschüsse der Arbeiterschaft sind das Gebot der Stunde.

### Die leben noch gut!

Die frühere deutschnationale Abgeordnete Käthe Schirmacher stellt im deutschnationalen „Sokol-Anzeiger“ Betrachtungen über die Verhältnisse auf dem Lande an. Sie schreibt:

Die Toten sind verkommen, die letzten Heilmittel zuruck, die Pferde wieder glatt und rund, die Häuser, Höfe, Güter schuldensfrei, Lachen und Lachen voll Papiergeld. Man schindet sich wie einst in Sonne und Wind, in Kälte und Hitze, in Dunkel und Strahl, aber es flocht auch, und man lebt, lebt gut.

Das ist ein anderes Urteil als das der großagrarischen Politiker, die ständig von Not und Entehrung ihrer Kreise jafeln. Während die Arbeiterschaft an Hunger zugrunde geht, loben diese gut! Ihr Hungerigen, merkt euch! Die Agrarier leben fett, das Volk hungert, die Güter sind schuldensfrei. Die ehemaligen Hypothekenscheiter bekamen lumpy Papiergeld, sie sind verarmt und sie lassen sich von den plündernden Agrariern gegen die ebenfalls ausgehungerten Arbeiter ausplündern.

Klassenjustiz gegen Jugendliche. Der Jugendgenosse Heinrich Müller wurde in Würzburg wegen Verteilung eines Kindergruppenflugblattes zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil darin die Kinder zum Ungehorsam gegen ihre Erzieher aufgefordert werden. Bewährungsstrafe wurde ihm ausdrücklich versagt. Als Gründe gab der Staatsanwalt an, er sei sowohl arbeitslos und arbeitscheu, deshalb erlöste er keine Strafe an Vermögen und er konnte die Strafe abgeben. Müller ist noch

nicht vorbestraft und hätte gern gearbeitet, wenn er Arbeit bekommen hätte. Drei Verurteilungen an das Landgericht wurden verworfen, da er Kommunist sei.

### Kontrollausschüsse vor die Front!

Durch den neuerlichen gewaltigen Sturz der Mark und durch die unerhörte Preistreibe rei gewissenloser Wucherer und Schieber wächst die Not und das Elend der arbeitenden Bevölkerung ins Unermessliche. Alle wichtigen Lebensmittel, wie Kartoffeln, Fett, Zucker usw. werden abhöflich von den Großhändlern und Agrariern zurückgehalten, um somit die Preise nach Belieben in die Höhe schrauben zu können. Durch die Lebensmittelknappheit und die durchsichtige Steuerung mehrten sich die Verzweiflungsfälle der Arbeiterschaft durch Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, auf Märkten usw. Die Behörden und Instanzen sind unfähig, wirksame Maßnahmen gegen diese ungeheure Not zu treffen. Die blutigen Vorgänge in Neunpflutz und in anderen Orten des Reiches zeigen, daß diese Herrschaften kein anderes Mittel haben als blaue Bohnen für die hungernde Arbeiterschaft.

Das kann und darf nicht so weiter gehen! Die Kontrollausschüsse in Stadt und Land müssen auf den Plan treten. Sie müssen die Verbraucher und Kleinändler zu gemeinsamen Aktionen gegen die Wucherer und Schieber, gegen die Großisten und Agrarier zusammenschließen. Denn nicht die Kleinändler sind die Hauptschuldigen, gegen die sich zunächst die hungernden Volksmassen wenden müssen, sondern es sind eben die Agrarier und Großisten, gegen die der gemeinsame Kampf aufgenommen werden muß.

Weil nun die Instanzen versagen, weil die Behörden kein anderes Mittel haben als gewalttätiges Vorgehen gegen die hungernden Massen, deshalb müssen die Selbsthilfeorgane des Proletariats in Aktion treten und den gemeinsamen Kampf der Verbraucher und Kleinändler organisieren. Es müssen sofort überall gemeinsame Versammlungen und Kundgebungen veranstaltet werden, um einen Druck auf Behörden und Regierung auszuüben. Wenn noch keine Kontrollausschüsse bestehen, müssen diese sofort gebildet werden. Nur die Selbsthilfe des Proletariats kann diesem unglücklichen Elend ein Ende machen.

Richtsausschuss der deutschen Betriebsräte.  
J. A. Grothe.

### Erfolgreiche Arbeit eines Kontrollausschusses

Der Königsberger Bevölkerung wurden durch die Tätigkeit des Kontrollausschusses folgende Lebensmittel zugeführt:

- 150 Pfd. Butter à Pfd. 48 000 M.
- 28 Pfd. Butter à Pfd. 37 000 M.
- 20 Pfd. Butter à Pfd. 68 000 M.
- 10 Pfd. Butter à Pfd. 65 000 M.
- 555 Eier pro Stück 6 000 M.

Leuerung und Wucher nehmen immer katastrophalere Formen an. Das Geld langt nicht mehr. Dazu sind die Läden leer. Butter ist nicht zu bekommen. Ausverkauf — heißt es. Hier aber hat der proletarische Kontrollausschuss durch seine praktische Tätigkeit gezeigt, daß das alles Schwundel ist. Man hält die Waren zurück, um höhere Preise nehmen zu können. Der Kontrollausschuss hat die Lebensmittel aufgeschüttet und sie zu herabgesetzten Preisen der Bevölkerung zugeführt.

Die arbeitende Bevölkerung Schlesiens möge daraus lernen, daß nur proletarische Kontrollausschüsse, wirksam unterstützt von den Betriebsräten, Hausfrauen und der gesamten schaffenden Bevölkerung, der schamlosen Ausweitung Einhalt gebieten können.

### Werden sie wieder Verrat üben?

Eine französische Frage an die BVPD.  
Von A. Treint (Paris)

Das Kuno-Kabinett stößt an die Opposition des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten. Seine Tage sind gezählt. Zu Beginn hat die Ruhrbesetzung alle nationalen Kräfte Deutschlands galvanisiert. Die chauvinistische Welle drang sogar bis in die Reihen der Arbeiterschaft. Die deutsche Schwerindustrie meinte, daß die Stunde gekommen ist, um den Entscheidungskampf aufzunehmen und ihre wirtschaftliche und militärische Niederlage von 1918 gutzumachen, dem französischen Imperialismus die Stirn zu bieten und den deutschen Kapitalismus in seiner Gestalt aus der Vorkriegszeit wieder aufzurichten.

Der passive Widerstand sollte entweder Boykott zur Kapitalisation zwingen oder den aktiven Widerstand und möglicherweise den Revolutionskrieg vorbereiten.

Die deutschen Industriemagnaten glaubten, die nationalistische Reaktion, die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufen wurde, dazu benötigen zu können, um die Arbeiterklasse in ein Abenteuer zu stürzen, aus dem allein die Industrie profitieren könnte. Das historische Werk der Kuno-Regierung war, diesen letzten Versuch des deutschen Kapitalismus zu unternehmen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat getreu ihren Verpflichtungen von Essen, den gefährlichen Schwindeln einer neuen nationalen Einheitsfront zurückgewiesen, und der Nationalismus mußte in die bürgerlichen Reihen flüchten.

Das Kuno-Kabinett blieb aber das Symbol des passiven Widerstandes gegen den französischen Imperialismus. Sein Widerstand war aber im voraus zur Niederlage verurteilt, weil er, geführt durch die Kapitalisten und für kapitalistische Ziele, in den verelendeten Arbeitermassen eine nur schwache und immer schwächer werdende Stütze finden konnte, um so mehr, da dieses Elend der Arbeiterschaft nicht nur durch die unermesslichen Folgen der Besetzung, sondern auch durch die Spekulationen hervorgerufen wurde, die von den großen Industriegruppen, diesen einzigen Nutznießern des Wirtschaftskrieges an der Ruhr, organisiert wurde.

Nur eine deutsche Arbeiterregierung, unterstützt von Sowjetrußland und vom gesamten internationalen Proletariat, könnte Potemkin zum Rückzug zwingen.

Somit der Haltung der revolutionären Werkstätten Frankreichs, der französischen Kommunistischen Partei und der Aufklärungsarbeit unserer deutschen Genossen, traten die arbeitenden Massen Deutschlands in den Kampf für die Errichtung einer solchen Regierung, die von der internationalen Einheitsfront aller Klassenbewußten Proletarier von Paris bis Moskau Unterstützung finden würde.

Der deutsche Kapitalismus wurde von Furcht ergriffen. Erhe seine Macht vom Proletariat gestützt werden sollte, zog er es lieber vor, sich vor dem französischen Imperialismus zu erbeugen, um wenigstens einen Teil seiner Profite zu behalten.

Kuno lieferte seine Kohle den französischen Militärspezifikationen aus und machte mit den Okkupationsbehörden gemeinsame Sache gegen die Arbeiter. Er ließ durch den Landeshauptmann der preussischen Rheinprovinz den passiven Widerstand als eine „patriotische Abtrottung“ bezeichnen.

# Parteiaufbau Der „Partiarbeiter“

Die neueste Nummer des „Partiarbeiter“ ist soeben in veränderter Gestalt erschienen. Während bisher der „Partiarbeiter“ als Beilage der kommunistischen Partikorrepondenz herauskam, ist jetzt der „Partiarbeiter“ das Hauptorgan, dem die kommunistische Partikorrepondenz beigelegt ist. Die Nummer des „Partiarbeiter“ enthält folgende Aufsätze: Die Kommunisten zur Lage in Deutschland; An die Arbeiter in Stadt und Land; Wichtige Bemerkungen zur Werbeweche; Unsere Werbeweche; Warum mühen die Betriebsfraktionen verfragen? Organisation der Betriebszellen; Keine Zweiteilung; Der erste württembergische Arbeiterkongress; Unserer Schwimmbelager; Unsere Beiträge; Ein Stundenlohn als Beitrag in der SPD.; Die Bezirksleitung läßt uns im Stich; An die Funktionäre der SPD.; Ausfüllung der Bezirksfragebogen.

Die dem „Partiarbeiter“ beigelegte Nummer der kommunistischen Partikorrepondenz enthält wichtiges Material in folgenden Aufsätzen: Chronik des Sozialismus; Die Krise in der Sozialdemokratie; Der Mittelstand stirbt; Die Verelendung der Arbeiterklasse; Das Industrieangebot der deutschen Agrarkapitalisten; Mitarbeit an der SPD.

### Nächste Nummer der „Kommune“

Wir machen darauf aufmerksam, daß im August die „Kommune“ nicht erscheint und dafür am 1. September eine Doppelnummer herauskommt. Wir bitten die Ortsleitungen, die Neubestellungen für die August-September-Nummer rechtzeitig bei der Expedition aufzugeben.

### Parteibeiträge im August

Die Bezirksleitung Großhildingen beschloß für August vorläufig folgende Beitragssätze festzusetzen: 1. Klasse 8000 Mk., 2. Klasse 6000 Mk., 3. Klasse 1000 Mk. Für den Fall weiterer enormer Geldentwertung soll nochmals zu einer weiteren Erhöhung der Beiträge Stellung genommen werden.

### An alle Kreisleiter!

Die Koalitionspolitik von der Regierung Cuno ohne Sozialdemokraten fortgesetzt, hat nicht nur den vollständigen finanziellen Zusammenbruch herbeigeführt, sondern auch eine unerträgliche Ernährungsschwierigkeit. Das Dummheit begnügt sich nicht mit riesenhaften Preissteigerungen, vielmehr werden auch die lebenswichtigen Waren zurückgehalten. Man will die zu erwartende und erhoffte weitere Preissteigerung vollständig ausnützen. Darum behält man Waren zurück. Der Markt ist entblößt von den täglichen Bedarfsartikeln, die Kartoffeln, Gemüse, Fett. So wird das Chaos der kapitalistischen Wirtschaft vollständig.

Welche Rettungsmittel stellt die kapitalistische Regierung nun in Aussicht? Rücksichtslose Sicherung von „Ruhe und Ordnung“. — Der Herr Ernährungsminister Dr. Lütber versucht es mit einer anderen Maßnahme. Er verbrach den Herren Agrariern nicht eine Erschaffung der Sachwerte, sondern: Zunahme der landwirtschaftlichen Sachwerte durch Wertbeständigmachung der Erträge. So ist es recht! Das Preisreiben der Agrarier vermindert die Kaufkraft der Löhne und Gehälter und die Wertbeständigmachung der landwirtschaftlichen Einkünfte sichert eine Zunahme der Profite und Vermögen.

Allerdings, die Landarbeiter könnten die höheren Profite etwas genießen, indem sie ebenfalls Forderungen anmelden. Dagegen sichert Herr Lütber den Landwirten Schutz zu. Die ganze Staatsmacht soll eingesetzt werden, damit die landwirtschaftliche Ernte durch Streiks nicht gefährdet werden könne.

Diese Situation muß von unseren Genossen auf dem Lande zu einer umfassenden intensiven Agitation unter Landarbeitern, Kleinbauern und Handwerkern ausgenutzt werden. Die SPD-Bezirksleitung Schießen veranstaltet daher in der Zeit vom 6. bis 13. August eine

### Rote Landwoche

Die Rote Landwoche ist zu einer regen, alle Ortschaften umfassenden Flugblattverbreitung und Zeitungspropaganda an die Landarbeiter, Kleinbauern zu bemühen. Die letzte Werbeweche sowie der Antifaschistentag haben gezeigt, daß die Landarbeiter und Kleinbauern erwachen. Das Gutes ist heiß, es muß geschmiedet werden zur Waffe für die proletarische Revolution. Sichel und Hammer besiegen Glend und Kammer.

Diese Erkenntnis muß in die Hände des letzten Landarbeiters und Kleinbauern getragen werden. Auf zur Agitation!

Die rote Landwoche muß unterer Partei laufende neuer Mitkämpfer bringen.

Bezirksleitung der SPD, Schießen

Die Hälfte des fälligen Lohnes auszahlt. Daraufhin ließ die Direktion das fehlende Geld, das nun plötzlich vorhanden war, von der Reichsbank abholen. Der Geldtransport wurde jedoch auf dem Rückweg von französischen Truppen weggenommen und der Kassierer und Betriebsratsmitglieder verhaftet. Die Gelehrten sind wieder freigelassen. Die Belegschaft trat daraufhin in einen 24stündigen Proteststreik.

### Streik der Angestellten in der Berliner Metallindustrie

Die an der Lohnbewegung in der Metallindustrie beteiligten Angestelltenverbände sämtlicher Richtungen haben die Streik-Sanktion für alle BEMG-Betriebe erteilt. Der Zustand aller Angestellten dieser Unternehmungen beginnt nunmehr am Dienstag, den 7. August, fröhlich.

Durch die brutale Unmenschlichkeit der Schurmagier vom Verband der Berliner Metallindustriellen sind die Standalös niedrig entlohnten Angestellten zum Kampf gezwungen. Die letzte Vermittlungsausschuss des Reichsarbeitsministers ist an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert, die drohten, sämtliche Arbeiter auszusperrn, falls die Angestellten den Streik wagten.

### Sieg der Kommunisten bei den Zertilarbeiterwahlen in Berlin

Bei den am 4. August erfolgten Wahlen zur Generalsammlung des Deutschen Zertilarbeiterverbandes siegten in Berlin die kommunistischen Kandidaten. Es erhielten an Stimmen die Kommunisten Blum 1100, Depta 1033, Forstkreuter 1183, Unger 1160, Wingen 1059 gegen die SPD-Kandidaten Walle (408), Grähl (500), Köpfel (412), Mehlmann (398), Tiesler (598). 1854 Stimmen wurden abgegeben, davon waren 44 ungültig.

Die schwache Wahlbeteiligung ist darauf zurückzuführen, daß es infolge der absichtlich schlecht gelegten Wahlzeit vielen Arbeitern, ja ganzen Schichten und Betrieben unmöglich war, abzustimmen.

Nach den Metallarbeitern haben nun die Zertilarbeiter der reformistischen Birottratte die richtige Antwort gegeben. Die Opposition in den Gewerkschaften marschiert, der Drang nach der proletarischen Einheitsfront wird unüberwindlich; es muß gelingen, die Millionenmacht der freien Gewerkschaften gegen die Ausbeuterklasse in einer Kampffront zu vereinen!

### Teilergebnisse aus Sachsen

**Chemnitz:** Opposition 4602, BEMG 2724.  
**Pirna:** Opposition 2000, BEMG 90.  
**Reichen:** Opposition 1800, BEMG 500.

### Cuno gegen Zeigner

Auf die in der vorigen Woche von der sächsischen Regierung nach Berlin gerichteten Anfrage hin hat der Reichsfinanzminister an den sächsischen Ministerpräsidenten folgende Antwort gerichtet:

Zu den in Ihrem Schreiben vom 25. Juli aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, bin ich gern bereit. Die am 18. Juli veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung hat sich dagegen gewendet, daß mit einer gewissen Kaltblütigkeit in steigendem Maße die Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtert wurden. Der Zweck der Verhandlungen war, vor der Fortsetzung solcher außen- und innenpolitisch gleich schädlichen Verfahrens der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß die Reichsregierung bereit und in der Lage ist, allen Versuchen gewalttätiger Auseinandersetzungen und allen Anschlägen gegen Bechtel und Verfassung des Reiches entgegenzutreten.

Zu der zwischen uns bereits erörterten Rede vom 16. Juni haben Sie, Herr Ministerpräsident, auch nach der sächsischen Staatszeitung vom 25. Juli von Ihnen abgegebene Erklärung von kommunistischen unpolitischen äußerlich hütigen Auseinandersetzungen und davon gesprochen, daß der Kampf aus dem bürgerlichen Lager beginnen würde, usw. Gerade gegenüber der hieraus ersichtlichen Demagogie, die weit über Erhöhen und über Angehörige einzelner Parteien erstanden ist, hat die Reichsregierung in der Bekanntmachung vom 18. 7. für notwendig befunden, besonders auf die Beziehungen zu Sachsen hinzuweisen. Wie bereits in ausführlicher Erörterung habe ich hierzu erklärt, daß die Reichsregierung es als ihre erste Pflicht gegenüber dem Reich betrachtet, sich die Staatsordnung und Verfassung unter allen Umständen anstrengt zu erhalten. Entsprechend den Vorgängen der sächsischen Erklärung ist auch diese Erwiderung der Presse veröffentlicht worden.

herrliche Alpine Montanageellschaft ausendbüchlich mit Hochdruck Unterstelle für französische Kanonen anfertigt!

Wozu wir uns freilich nur hinzuzufügen hätten, daß die BEMG nun allemal bereit ist, mit dem gleichen Herrn Stinnes die große Koalition zu bilden!

## 5 046 000 Mark für ein Zwanzigmarschstück

Berlin, 5. August.

WPD berichtet: Der Ankauf von Gold für Rechnung des Reiches und von Reichsilbermünzen für Rechnung der Reichsbank wird vom 6. d. Ms. ab nur noch durch die Reichsbankanstalten — also nicht mehr auch durch Vermittlung der Postanstalten — erfolgen.

Beim Ankauf von Gold wird bis auf weiteres ein Preis von 640 Prozent für 1 kg fein, der prozentual umgerechnet zu dem jetzigen zuletzt festgestellten Mittelkurs für Auszahlung von 2000 Mark nach unten abgerundet. Bei Menningen über 1/2 kg fein befaßt sich das Reichsbankdirektorium, gegebenenfalls durch Vermittlung der Reichsbankanstalten in der Provinz die Preisbestimmung vor. Demnach würde für ein Zwanzigmarschstück mit einem Sollgewicht von 2,168 kg fein, bei einem Dollarmittelkurs von 1 100 000 Mark ein Preis von 5 046 000 Mk. durch die Reichsbank gezahlt werden; für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Für Reichsilbermünzen werden vom 6. d. Ms. bis auf weiteres seitens der Reichsbankanstalten das 500fache des Nennwertes gezahlt.

5 Millionen Mark — 20 Mark. Demnach müßte der Arbeiter um annähernd den Friedenslohn zu erreichen 10 Millionen Mark pro Woche verdienen.

### Hungertravalle in Dresden

Dresden, 5. August.

Sie bereits seit einigen Tagen andauernde Krisenstimmung innerhalb der erwerbslosen Bevölkerung hat gestern und heute, wenn auch eine nur leichte Entspannung erfahren. Gestern in den ersten Abendstunden fanden scharfe Zusammenstöße statt.

Ein besonders scharfer Zusammenstoß fand auf dem Postplatz statt. Die Fensterheben der umliegenden Geschäfte, soweit sie nicht durch Gitter oder Rollläusen geschützt waren, gingen dabei in Trümmer. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein.

### Der Hungerkampf des Ruhrproletariats

Düsseldorf, 3. August.

In allen Betrieben Rheinland-Westfalens stehen die Belegschaften in Lohnkämpfen. Im Ruhrgebiet haben sich die gestern gemeldeten Streiks ausgedehnt. Etwa 200 000 Arbeiter der Berg- und Hüttenbetriebe stehen zum Teil in Streiks. Die Forderungen, die von den Belegschaften aufgestellt werden, sind fast durchweg Wirtschaftsbefreiungen von 5 bis 10 Millionen. Von den einzelnen Belegschaften wurden folgende Forderungen aufgestellt: Friedens-Reallohn und dreimalige Lohnzahlung in der Woche.

Beschlagnahme und Rationierung der Lebensmittel unter Mitwirkung der Kontroll-Ausschüsse.

Beseitigung jeder Wertpolizei und Bildung proletarischer Hunderttausender, die Aufhebung der Grenzsperrung.

Die Zusammenfassung der Kämpfe, die Einberufung eines rheinisch-westfälischen Betriebsräte-Kongresses.

Die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Es geht um die Erdrückung des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung. Stinnes und Krupp haben sich mit der Wendel und Douchet geeinigt. Der französische Militärhiefel tritt im Ruhrgebiet bester denn je auf.

Jedoch die infame Ausbeutung des Ruhrgebietes, die jede Vorstellung übersteigenden krummen, stinkenden Preissteigerungen, der verbrecherische Kapitalismus, der den Arbeitern den letzten Pfennig raubt — das ist die Arbeit deutscher Kapitalisten.

3 Tote, 18 Schwerverletzte in Oberhausen. Bei dem Angriff der Schups auf demonstrierende Arbeiter der Gute-Hoffmanns-Hütte sind, wie sich jetzt herausstellt, 3 Tote und 18 Schwerverletzte als Opfer zu beklagen.

Zu Dresden haben die deutschen Händler den Preis für das 100 Mark Kartons auf 64 000 Mark hinaufgetrieben. Dazu ist infolge der Schwärze der Einkaufspreise fast gar nichts Schönes mehr zu haben.

Zu Köln und Hamburg kam es zu großen Zusammenstößen, bei denen Verletzte mehrere Schwereverletzte getötet wurden.

Zu Mainz fanden am 3. August riesige Demonstrationen gegen die Zensur statt. Die Demonstration war von den Besatzungsbehörden erlaubt, trotzdem wurde sie von deutscher Polizei überfallen, wobei es Schauer- und Beichtverwundete gab.

Auf der Jode Rhein-Elbe trat die Belegschaft in den Streik und die Belegschaften

Der „Borndam“ bemerkt dazu: Die Arbeiterpolitik in Deutschland und besonders in Frankreich, wo man immer noch das Spiegelspess des waffenabwärtigen Deutschlands an die Wand malt, wird dadurch charakterisiert, daß die von Hugo Stinnes be-

In seiner Furcht vor einer Arbeiterregierung, die indes allein fähig wäre, das deutsche Proletariat und die deutschen Mittelschichten gegen den Eingriff der fremden Imperialisten zu verteidigen, ist der deutsche Kapitalismus bereit, nachzugeben.

Er wird damit einverstanden sein, den eigentlichen, französischen und belgischen Kapitalismus an seinen Unternehmungen beteiligen zu lassen und wird ihnen einen Teil der deutschen Sachwerte ausliefern. Der deutsche Kapitalismus wird in dieser Verbindung eine subalterne und erniedrigende Rolle annehmen. Um aber diese Politik treiben zu können, ist es notwendig, daß der passive Widerstand von der Reichsregierung öffentlich aufgegeben wird. Cuno, der Mann des passiven Widerstandes, soll gehen. Das Cuno-Kabinett ist unmöglich geworden. Die Streikeman-Politik ist umgeworfen. Die Ministerkombinationen sind fertig. Hinter den Kulissen bereitet sich die Große Koalition der Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie vor.

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie sind bereit, mit der Schwerindustrie zusammenzugehen, um die nationale Wirtschaft den fremden Imperialisten auszuliefern und gleichzeitig die Arbeiterklasse dem schätzlichen Terror im Innern wehrlos hinzuwenden.

Werden die Sozialdemokraten soweit gehen, auch die Zerstückelung des Reiches mit in den Kauf zu nehmen?

Was uns französische Kommunisten anbelangt, so werden wir gegen jede verkappte Annexion Poincares, die unter französisch-belgischer Militärkontrolle einen rheinischen Pufferstaat schaffen will, kämpfen. Wir werden kämpfen gegen den falschlichen Separatismus in Bayern, der durch das französische Außenministerium unterstützt wird. Wir kämpfen ohne Unterlaß für die Räumung des Ruhrgebietes.

Wir sind für die territoriale Integrität des Deutschen Reiches, weil wir für die revolutionäre Einheit der deutschen Arbeiterklasse sind, weil wir nicht wollen, daß die revolutionäre Bewegung, die langsam, aber systematisch durch die kommunistische Partei Deutschlands organisiert und vorbereitet wird, zerstückelt und zur Ohnmacht herabgerückt werde.

Wir sind gegen die kapitalistische Internationalisierung des Ruhrgebietes. Wir sind gegen die Defektisierung Deutschlands. Wir sind gegen die Besetzung und gegen die internationalisierte Militärkontrolle, weil wir nicht wollen, daß die deutsche proletarische Revolution sich den vereinigten Kräften des internationalen Militarismus und Kapitalismus gegenüber findet, die gleichsam an der Verteidigung ihrer Beute interessiert wären.

Die Deuten darüber die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands, die den linken Flügel ihrer Partei bilden? Wollen sie sich wieder einmal von ihren Führern, die an die Bourgeoisie gefesselt sind, verraten lassen?

## Beratungen des Parteiausschusses der SPD

Berlin, 5. August

Am Sonntag morgen um 10 Uhr eröffnete den 6. die Ausschussberatungen. Es waren 63 stimmberechtigte und 23 nicht stimmberechtigte Parteimitglieder anwesend, unter letzteren ausländische Vertreter der SPD. Die Beratungen begannen mit einem Referat des Gewerkschaftsleiter über die Verhandlungen in der erweiterten Geschäftsleitung. Der Gen. Stöcker berichtete ausführlich über die verschiedenen Probleme der Offensive des Kapitals in den verschiedenen Ländern. Das Wachstum der kommunistischen Internationalen ist sehr stark. Die Anwendung der Taktik, die in einzelnen Ländern allerdings noch viel zu wünschen übrig läßt, hat das Kräfteverhältnis der Partei gegenüber der Kommunisten außerordentlich verschoben. Die Aufgabe der Partei ist es, den Beschäftigten der erweiterten Geschäftsleitung praktischen Inhalt zu geben. (Beifall).

Zu der Diskussion unterlegte Maschow die Bedenken gegen die Parole Arbeiter- und Bauernregierung, welche Genosse Thalheimer auf Beseitigung der Geschäftsleitung, der selben Standpunkt nahm der Genosse Hoernle ein, der als Vertreter der Geschäftsleitung an den Verhandlungen teilnahm.

## Stinnes fabriziert französische Kanonen

Im Morgenblatt des „Borndam“ vom 1. August ist zu lesen: Die Wiener Zeitschrift „Die Wache“ veröffentlichte kürzlich eine Notiz, wonach die Hälfte von den 1 1/2 Millionen Mark neuen Aktien der von Stinnes kontrollierten Alpine Montanageellschaft in den Besitz der französischen Banken- und Montanfabrik Schneider-Kreuzot gelangt sei. Da die Wiener „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die über die westfälische Schwerindustrie recht gut unterrichtet ist, diese Notiz ohne Kommentar nachdruckt, kann kein Zweifel über die Veräußerung des Stinnes-Anteils an der französischen Schwerindustrie über die Wirtschaft in den österreichischen Nachbargebieten bestehen.

Der „Borndam“ bemerkt dazu: Die Arbeiterpolitik in Deutschland und besonders in Frankreich, wo man immer noch das Spiegelspess des waffenabwärtigen Deutschlands an die Wand malt, wird dadurch charakterisiert, daß die von Hugo Stinnes be-



**Strafverfahren**

Die Mobilisation der Massen kam sich die Regierung zum nur schwer oder gar nicht entschließen, etwas zu unternehmen, was die Not der Arbeiterschaft zu lindern imstande wäre. So arbeitet sie doch ungenügend schnell, wenn es gilt, die gegen den Hunger aufbegehrenden Massen niederzuhalten. Knapp 24 Stunden brauchte sie dazu, den Antifaschistentag der Kommunistischen Partei und in Verbindung damit tägliche Demonstration oder Versammlung unter freiem Himmel zu verhindern. Sehr zum Leidwesen der bürgerlichen oder reformistischen Klimbimvereine. Der Gesangsverein "Germania" z. B. mußte seinen Sängern die betäubende Mitteilung machen, daß aus dem geplanten Gesangsabend in Pellau vorerhand nichts wird, und Herr Feldmann, der Vorsitzende der WBSG, erklärt schamhaft seinen Schäfchen, man möchte sich doch zu dem Ausfluge nach Weigelssdorf erst in Weigelssdorf treffen. Die sozialdemokratische Parteileitung hatte ihre Ortsgruppen angewiesen, jede Beteiligung an dem Aufmarsch gegen die Faschisten abzulehnen und der Vorstand des Zentralkomiteesverbandes hier, glaube sich verpflichtet, auch seinerseits im "Proletariat" alle Mitglieder zu warnen, etwa mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen. Es hat alles nichts genützt. Die Herrschaften haben an diesem Tage von der Arbeiterschaft des Kreises Reichenbach eine derartige moralische Niederlage erhalten, daß sie sich dann aller menschlichen Berechnung nach wohl nie wieder erholen werden. Der Antifaschistentag gestaltete sich trotz des Verbots Seiberings zu einer gewaltigen Kundgebung. Zehntausende von Arbeitern hatten sich eingefunden, ein unabsehbarer Zug war es, der sich von Reichenbach nach der Stadt zu in Bewegung setzte. Recht komisch nahmen sich die paar Beamten aus, die Befehl hatten, den Zugang abzusperren, sie wurden einfach übersehen. Ein heilloses Schreien für das laute Bürgertum. Viele Geschäftsinhaber hatten in vollkommener Verleugung der Tatsache, in der Nacht vorher ihre Waren aus Schaufenstern und Läden entfernt. Die Polizei, verstärkt durch Landjäger und angeführt von Schupo, sie glaubte, ihr letztes Stündlein gekommen. Der Zug bewegte sich unter dem brandenden Gesänge von Kampfliedern mit wehenden roten Bannern die Poststraße hinauf. Um Pöbelereien vorzubeugen, die nicht im Interesse der Arbeiterschaft lagen, wurde von einer Kundgebung auf dem Ringe abgesehen und der Zug in den Garten des früheren "Schwarzen Bären" geleitet, wo einige Redner in feierlichen Ansprachen auf die Bedeutung des Tages hinarbeiteten. Nach Schluß des Meetings traten die einzelnen Ortsgruppen geschlossen den Rückmarsch an. Der Zug verlief ohne jeden Zwischenfall. Elemente, die sich vielleicht irgend eine Sanitation versprochen hatten, sind jedenfalls nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Kommunistische Partei hat bewiesen, daß sie die Massen nicht nur aufmarschieren lassen kann, sondern daß sie auch fähig ist, sie zu führen. Ungeheure Arbeit ist zwar von den Genossen des Kreises geleistet worden, aber wir können mit dem Erfolge auch zufrieden sein. Es geht vorwärts! trotz allem.

**Landeshut**

Die öffentliche Volkserhebung zum Antifaschistentag, am Sonntag, den 28. Juli war nicht so besucht, wie es nötig gewesen wäre. Die Plebiscit-Ortsgruppe war zahlreich mit ihrem roten Banner erschienen und trug auch durch Gesang revolutionärer Lieder zur Belebung der Stimmung bei. Das Referat des Genossen Scholz, der eingehend auf die Ursachen des Faschismus und die Gefahr des Faschismus an dem Italienischen zeigte und den Ausweg angab, fand ungeteilte Zustimmung. In der Diskussion ermahnte Genosse Schiller sich in der kommenden Zeit nicht als Feigling zu zeigen. Wenn der Weltkrieg das Proletariat zwingt ihr Leben für die Interessen des Kapitalismus einzusetzen, so muß er wachen werden, daß es auch für seine Interessen das Leben in die Schanze schlägt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen welche die Auflösung der Regimentsvereine, Verbot der Regimentsfeiern und gemeinsame Kontrollkommissionen forderte. Geschlossen marschierten die Versammlungsbesucher mit den Plebiscit-Genossen nach dem Bahnhof, unter Abkündigung revolutionärer Lieder.

Aus der Stadtverordnetenversammlung Die 14 Punkte umfassende Tagesordnung fand, weil zum Teil nur unbedeutende Sachen in Betracht kamen, recht schnelle Erledigung. Die frühere, von den Bürgerlichen für notwendig gehaltenen Vorbereitungscommission wurde von der Opposition abgelehnt. Das Salschengeld der Hospitalisten wurde auf Antrag des Genossen Bohl auf 5000 Mk. für den Monat Juli, ab 1. August auf den jeweiligen Betrag des 5-fachen Verbrauchs festgesetzt. Bei der Neufestsetzung der Vergütung für die Nachtwächter ergriffen sich eine sehr rege Debatte. Der Stadtverordnete Dr. Franke beantragte durch einen Dringlichkeitsantrag die Neueinstellung von 2 Nachtwächtern. Auf die Frage wie er sich die Aufbringung der Mittel gedachte: "Antwortete er konsequent keiner Auffassung, durch allgemeine Steuern." Die Dringlichkeit wurde abgelehnt. Genosse Scholz, der sich zu dieser Angelegenheit der Nachtwächtern ausgesprochen, batnte, daß gegen Diebstahl auch vergütete Anzahl der Nachtwächter nicht die Gewähr der verlangten Sicherheit bringen kann. Berufsunfähige Diebe lassen sich dadurch nicht abhalten, auch Gelegenheitsdiebe werden dadurch nicht abgehalten. Bis jetzt könne nicht behauptet werden, daß in Landeshut die Unsicherheit übermäßig groß geworden ist. Zu befürchten ist aber, daß infolge der rasenden Preissteigerung verbunden mit der galligierenden Sentung des Reallohnes die Arbeiterschaft auf den Weg des Verbrechens gedrängt wird. Es sei deshalb viel wichtiger, daß die städt. Verwaltungsbüro mitwirken zu den letzten Verhältnissen zu romane. Wenn das "Landeshuter Tagblatt" die Ausführungen des Genossen Scholz als ein Jubiläum für den ersten Bürgermeister nennt, so hat er es gründlich daneben. Der Herr erste Bürgermeister nennt, so hat er es gründlich daneben. Der Herr erste Bürgermeister wandte sich nur dagegen, daß ihm der Vorwurf gemacht wird, er habe nicht seine Pflicht getan, um eine Nachtwächter einzuführen. Der Antrag, dem höchsten Arbeitersekretariat einen Zuschuß von 20000 Mk. pro Jahr zu bewilligen fand von Seiten der Bürgerlichen durch Herrn Dr. Franke Widerspruch. Genosse Scholz erwiderte, daß die Bewilligung des Betrages nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Er sei nur zum Ausdruck kommen, daß die Arbeiter nicht mehr minderen Rechts, wie früher sind. Der angeforderte Betrag soll nur mit dazu dienen, daß die Armen der Armen, die das Arbeitersekretariat mit christlichen Anträgen in Anspruch nehmen und Fortauslagen erstattet machen, eine einigermaßen genügende Bedienung finden. Auf Antrag, wurde der Betrag auf 50000 Mk. erhöht und gegen die 15 bürgerlichen Stimmen angenommen. Der Beschluß ist eine Zufälligkeit, zurückzuführen weil auf der bürgerlichen Seite 2 Stimmverordneter fehl-

ten. Gehandmarkt muß werden, daß die 2 christlichen Arbeiter die der bürgerlichen Fraktion angehören auch gegen den Zuschuß stimmten, obwohl das Landeshuter Arbeitersekretariat ohne Unterbruch Rechtsaufkunft abhi. Von sozialdemokratischer Seite wurde ein Dringlichkeitsantrag auf Inangriffnahme eines Wohnbauplanes eingebracht. Der Dringlichkeit wurde zugestimmt. Vorgelesen ist sofortiger Bau eines 8-Familienhauses. Die Baukosten sollen von der Stadt, von Unternehmern mit mehr als 20 Beschäftigten und Darlehen aufgebracht werden. Die Materie wurde dem Magistrat überwiesen. Die Anfrage des Genossen Reichstein, weshalb der Stadtbauamteister nicht zur Verantwortung der in der vorigen Sitzung er hobenen Beschuldigungen erschienen sei, um sich zu äußern, beantwortete der 1. Bürgermeister dahin, daß der Stadtbauamteister sich nicht verpflichtet halte sich vor den Stadtverordneten zu verantworten. Das gelpendete Geld wird ihm nichts nützen, denn das Urteil über den Stadtbauamteister in der Öffentlichkeit ist ein ganz anderes. Mit den Ausführungen des Herrn Bürgermeister folgte die Sache wohl noch nicht erledigt sein.

Folgende Ortsgruppen sind mit der Zeitungsberechnung 1-2 Wochen rückständig:

**Haynau  
Landeshut  
Oels  
Schmiedeberg  
Bölkenhain  
Zindel  
Königshuld.**

Diese Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen von nächster Woche an die Zeitungen entzogen werden, falls bis Freitag, den 10. August, nicht alles auf dem Laufenden ist.

**Verlag u. Expedition.**

**Nieder-Hermisdorf**

Das Waisenhaus in Nieder-Hermisdorf. Man schreibt uns: "Zu ihrer Notiz in einer Tagesnummer vergangener Woche, das Waisenhaus in Nieder-Hermisdorf eine Prügelanstalt für Waisenkinder" er suchen wir auf Grund des § 11 des Preussengesetzes um folgende Verichtigung: 1. Es ist un wahr, daß eine Schwestern (Gnada Schöster) die Aufsicht über die den Kartoffelacker ändernden Kinder führte. 2. Es ist un wahr, daß eine Schwestern wie "Holl" auf die armen Kinder einschlug und schrie: "Du Hund", usw. 3. Es ist un wahr, daß unter Waisenhaus eine Prügelanstalt ist. Wahr ist vielmehr, daß eine Hausangestellte die Kinder beaufsichtigte und die Kinder im Rahmen der Erlaubnis zur leichten Arbeit anstellte. (Kann, daß Herr Ledutte hoch zum Hofen wandte, hat der Junge selbst gesagt: "Gelt, Fr. A., es ist nicht so schlimm.") Wahr ist ferner, daß die Hausangestellte an die ihr in den Mund gelegten Ausstriche weder gedacht, noch sie ausgesprochen hat. Wahr ist endlich, daß in unserm Waisenhaus im Interesse der armen Waisenkinder mit den Kindern gearbeitet wird, um in dieser kurzen Zeit das Waisenhaus zu erhalten, damit es nicht nicht gelagert, daß den Kindern Erholung und Freude genommen werden.

Anmerkung der Redaktion: Die Verwaltung befragt mit dieser Verichtigung, daß die Waisenhauskinder zu Geldarbeiten verwendet werden. Die Begründung der Verwaltung, daß die Kinderarbeit notwendig ist um die Anstalt zu erhalten, kannschneit besser als es zehn Artikel nun können die Wohlthätigkeit des kapitalistischen Staates.

Ob die Kinder der Anstalt gebrügelt werden oder nicht, nun darüber wird der Beschaffer unter ersten Notiz weitere Aufschlüsse geben.

**Öffentliche Volkserhebung**

Öffentliche Volkserhebung der WBSG fand am Montag, den 30. Juli im Hotel "zum Hirsch" statt. Genosse Köhler, Breslau, referierte über das Thema: "Festlie Kapital". In der Diskussion sprach nur ein gelber Landarbeiter, der sich beleidigt fühlte, daß seine Ver handlung angegriffen wurde. Gleichzeitig versuchte er sich zu rechtfertigen. Es wurde ihm vom Genossen Jants, der auf seinen Streitkrach hinwies, gehörig beleuchtet. Mit einem dreimaligen Hoch auf die kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront wurde die Versammlung geschlossen. Aufser dem Literaturumlag ergab eine Zellerfassung noch 25000 Mk., auch konnten zwei Leser für die "Schlesische Arbeiter-Zeitung" gewonnen werden.

**Miesowitz, Oberschlesien**

Erfolg des antifaschistentages. Die Versammlung am 29. Juli brachte uns 145000 Mk. Einnahme, ferner 15 Parteimitglieder und 12 neue Abonnenten.

Aus der Ortsgruppe. Die letzte Mitgliederversammlung wählte als 1. Vorsitzenden Genossen Max Reier, als 2. Vorsitzenden Genossen Paul Schröter, als Kassierer Genossen Peter Meineri, als Schriftführer Genossen Johann Frisch gewählt.

**Oppeln**

Goldwägen im Werte von vielen hundert Millionen gestohlen. In dem oben im Restaurant desselben Hauses wo das Goldwägengeschäft Hoffmann sich befindet, die Musikantelle spielte, machte sich eine Zinbrechergeellschaft durch den Keller am Fußboden des Goldwägengeschäftes zu schaffen. Bohren ein Loch und ließen alles Wertvolle mitgehen. Es müssen Kenner gewesen sein, denn nach dem Bericht eines bürgerlichen Blattes wurden nur die echten Sachen mitgenommen. Den sonst sehr scharfen Hund des Besitzers füllten die Zinbrecher indes mit Fleisch und Wurst, so daß er wahrscheinlich häßlich artig bllebe.

**Aus der Partei**

**Zwei gemetungsfähliche Schwindler**

treiben seit einiger Zeit in der Partei ihr Unwesen und haben oberkschlesische Parteigenossen in der niederträchtigsten Weise begaunert. Der eine trat in Ewardaba auf und nannte sich Hugo Schrotowski aus Osof, Ratiborekstrafe, er gab an Bürovorsteher zu sein; ein andermal betraf er die Freiheit als Arbeitersekretär und Mitglied der "Union" vorzustellen. Da ein Genosse gleichen Namens nicht existiert handelt es sich um einen raffinierten Schwindler. Wir bitten die Genossen den angeblichen Schrotowski dort wo er auftaucht sofort anzufassen und festzunehmen zu lassen. Der zweite Schwindler, wahrcheinlich auch Etwiel, brandschaltete einen Genossen in Jawadzi OC, er nennt sich Ernst Mende, Kaufsekretär des Kriegsbefähigtenbundes und ist 45 Jahre alt, 162-163 groß und hat längliches Gesicht, es fehlt ihm die Spitze um rechten Zeigefinger. Ernst Mende hat die Kontrollkarte des Genossen Kurt Schlemann aus Jaradzi, an sich genommen und es ist möglich, daß er jetzt unter diesem Namen keine Schwindereien weiter betreibt. Alle Parteiblätter werden um Abdruck gebeten.

Verantwortlich für den gesamten reaktionellen Teil: Ernst Domboarski, für den Informations- und Propagandastellenleiter und Sekretar: Proletar-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. V. m. B. G., Jülich in Breslau

**Berichtungs-Kalender**

Jede Zeile unter einer Rubrik kostet 150 Mark.

**KPD** Berichtungs-Kalender für den 1. August 1933. 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 31. August.

**KJD** Berichtungs-Kalender für den 1. August 1933. 1. August, 2. August, 3. August, 4. August, 5. August, 6. August, 7. August, 8. August, 9. August, 10. August, 11. August, 12. August, 13. August, 14. August, 15. August, 16. August, 17. August, 18. August, 19. August, 20. August, 21. August, 22. August, 23. August, 24. August, 25. August, 26. August, 27. August, 28. August, 29. August, 30. August, 31. August.

**Gewerkschaften**

**Josef Cohn**

**BEUTHEN O.-S.**

**Spezial-Geschäft**

**Herren-Artikel**

**Herren-Artikel**

**Spezial-Geschäft**

**Josef Cohn**

**BEUTHEN O.-S.**

**Spezial-Geschäft**

**Herren-Artikel**

**H. Freudenberger**

**Häute - Felle**

**Rauchwaren**

**Einkauf und Verkauf**

**Leiden 106**

**Die höchsten Preise**

**Gold-Silber-Platin-Bruch**

**erhalten Sie nur beim Goldschmied**

**G. Diphall**

**Friedrichstraße 11**

**Arbeiter**

**Antkündigungen**

**Buchhandlung**

**ganz besonders zu empfehlen**

**Damen-Kleider**

**am Wunsch Zahlungs-Erleichterung**

**Lobestraße 15.**

**Sie erhalten für Gold-Silber-Platin-Bruch die höchsten Preise**

**nur bei Fritz Schramm**

**Kupferstraße 52 c**

**(5 Hans vom Neumarkt)**

**Altmetalle**

**Altfeilen**

**kaufen zum Weltmarktpreise**

**Hellmann & Co.**

**Leffingstraße 3**

**Bardobhaus**

**str. rechts**

**Einlauf** von Säden, Sacktüben, abfällen, wie auch alle Sorten Lumpen

**Ascher & Weiß**

Weißberggasse 41 - Tel. O. 9122

**Zahle den höchsten Tagespreis**

**Futterreste**

**und zahle die höchsten Preise**

**Tuchhaus G. Herzberg**

**Gräblicher Str. 19-21**

**Herren-Artikel**

**H. Seifner**

**Gartenstraße 77**

**Gebr. Barasch Nachf. - Gleiwitz**

**Warenhaus für sämtliche Bedarfs-Artikel**